

Ä43

Antrag

Initiator*innen: Steffen Henkensiefken (KV Oldenburg-Land)

Titel: Ä43 zu A14: Solidarität mit der Zivilbevölkerung in Palästina, Israel und dem Libanon

Titel

Ändern in:

Solidarität mit der Zivilbevölkerung in Westasien

Antragstext

In Zeile 51:

~~4. Sexualisierte Gewalt am 7. Oktober 2023 und an Geiseln:~~

- Das Massaker der islamistischen Terrororganisation Hamas am 7. Oktober 2023 war ein abscheuliches Verbrechen, das wir aufs Schärfste verurteilen. Es war der schwerwiegendste Angriff auf jüdisches Leben seit der Shoah. Die Terrororganisation Hamas, das iranische Regime, die Hisbollah, die Huthi-Milizen und andere militante islamistische Gruppierungen stellen eine anhaltende Bedrohung für die Sicherheit Israels und der gesamten Region dar. Sie negieren das Existenzrecht Israels und tragen durch Terror, Raketenangriffe, Geiselnahmen, Missbrauch ziviler Infrastruktur und Gewalt gegen Zivilist*innen maßgeblich zur Eskalation bei. Diese Gewalt verurteilen wir entschieden. Der „Kampf“ der Terrororganisation Hamas ist kein Befreiungskampf, sondern anhaltender Terror und massive Menschenrechtsverletzung. Er muss als das benannt werden, was er ist:

systematische Gewalt gegen Unschuldige. Wir verurteilen jede Verletzung der universellen Menschenrechte und damit derartige Angriffe auf Zivilist*innen, darunter fallen die Tötung, die Geiselnahme und die Behandlung der Geiseln durch die Terrororganisation Hamas.

Begründung

Die Ergänzung macht deutlich, dass die Bedrohung für die Sicherheit Israels nicht allein vom Gaza-Krieg ausgeht, sondern auch von islamistischen Terrororganisationen und regionalen Akteuren wie dem iranischen Regime, der Hisbollah oder den Huthi-Milizen. Dadurch wird die sicherheitspolitische Perspektive des Konflikts umfassender dargestellt.